

An dieser Stelle haben wir für Sie die wichtigsten Zahlen, Daten und Fakten zum Haushaltsplan 2026 zusammengestellt:

Der Haushalt 2026 basiert auf der **Oktober-Steuerschätzung 2025** und den fortgeschriebenen Orientierungsdaten. Als Grundlage für die Steuerschätzung wurde ein **reales** Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 % berücksichtigt.

Die maßgebliche **Einwohnerzahl zum 30.06.2025** liegt bei 13.797 Einwohner. Bis 2029 wird von einem Anstieg der maßgeblichen Einwohnerzahl auf rund 13.857 Einwohner ausgegangen.

Der Hebesatz beträgt ab 2026 für die **Grundsteuer A** (Land- und Forstwirtschaft) 566 v.H. und die Grundsteuer B (Grundstücke) 268 v.H. (bis 2025: 231 v.H.). Dadurch werden Erträge in Höhe von 2,984 Mio. € erzielt.

Bei der **Gewerbsteuer** ist der Hebesatz ab 2026 auf 440 v. H. erhöht worden (bis 2025: 420 v.H.). Es werden Erträge in Höhe von 3,67 Mio. € erwartet.

Der **Aufwand für Unterhaltungsmaßnahmen** (einschließlich Instandsetzungsmaßnahmen, ohne bewegliches Vermögen) steigt gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan 2025 um 92 T€ und beträgt rund 1,8 Mio. €. Aus finanziellen Gründen wurden in der Haushaltsberatung die Sanierungsmaßnahmen auf ein absolutes Minimum zurückgefahren und größere Maßnahmen auf die Zeit nach 2030 verschoben.

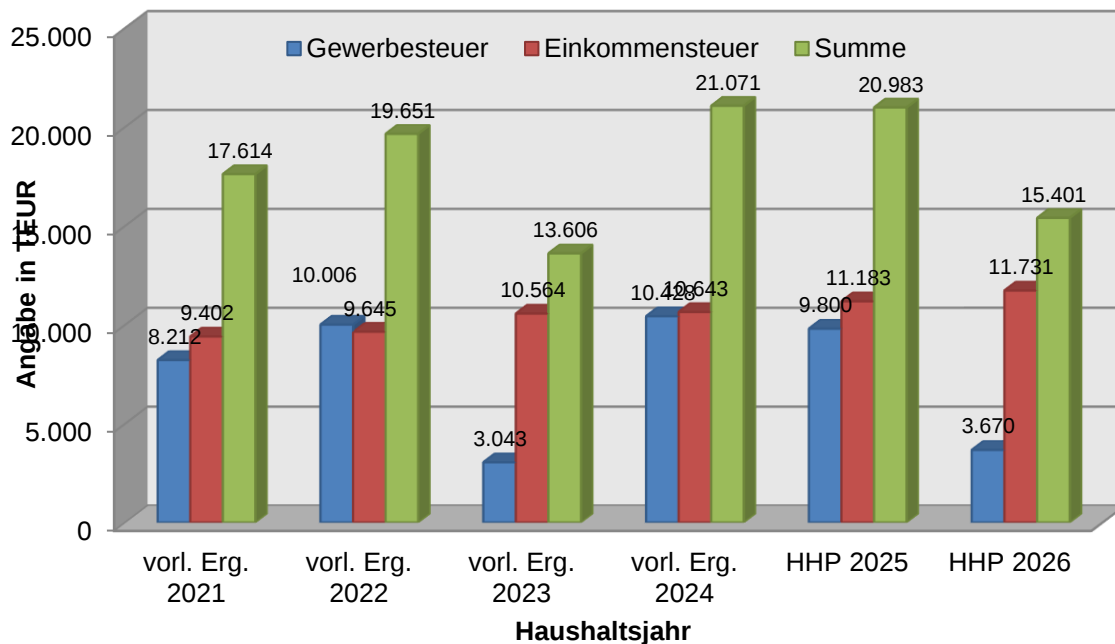
Der **Kreisumlagehebesatz** für das Jahr 2026 wurde in Höhe von 34 % berücksichtigt. 2025 betrug der Kreisumlagehebesatz noch 32 % der Steuerkraftsumme.

Wichtige Kennzahlen der Haushaltspläne 2026 und 2025

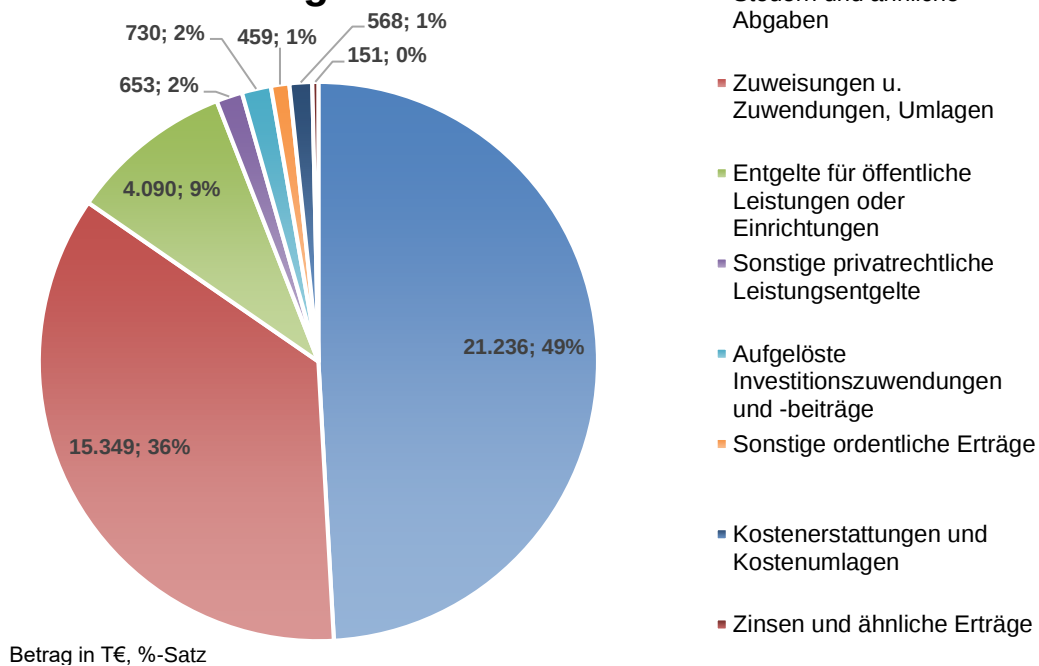
Bezeichnung	2026	2025
Ordentliches Ergebnis (Erträge - Aufwendungen)	-5.377.600 €	-3.876.300 €
Zahlungsmittelbedarf (-) / -überschuss (+) des Ergebnishaushalts	+1.673.300 €	+6.837.800 €
Finanzierungsmittelbedarf (-) bzw. Finanzierungsmittelüberschuss (+) aus Investitionstätigkeit	-1.512.400 €	-3.735.300 €
Kreditaufnahme (ohne Umschuldung)	914.000 €	*4.139.300 €
Gesamtschulden (nur Kernhaushalt, ohne Eigenbetrieb)	23.526.100 €	18.487.400 €
Pro-Kopf-Verschuldung	1.705,16 €	1.339,96 €
Erwarteter Finanzierungsmittelbestand am Jahresende:		
Plan	5.569.700 €	5.569.700 €
Liquiditätsprognose (ohne gebundene Mittel)	16.193.200 €	17.345.000 €

*Kreditaufnahme 2025 wurde durch die Rechtsaufsicht nicht genehmigt.

Entwicklung der Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommensteuer

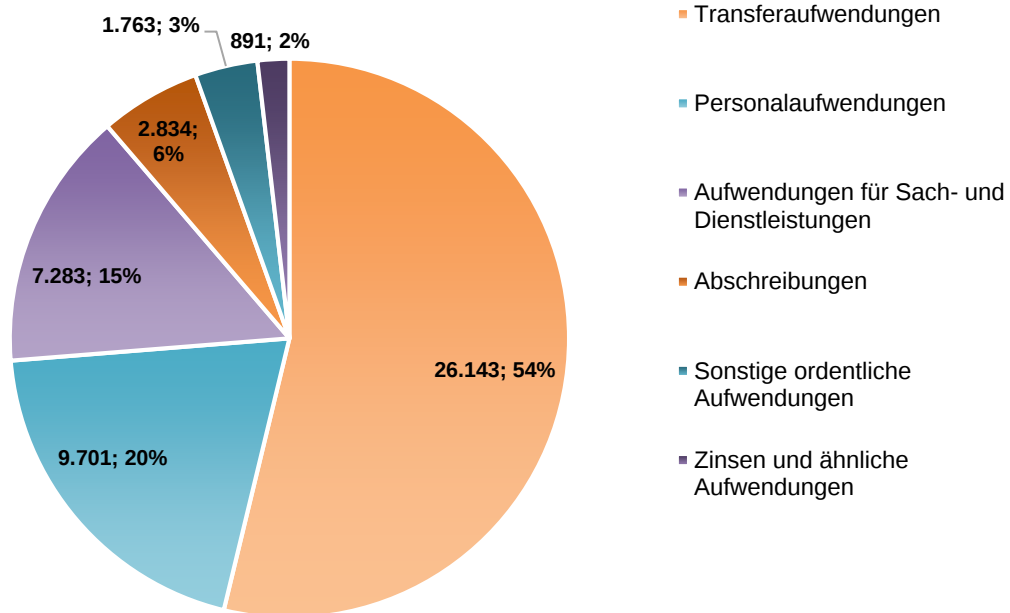


Ordentliche Erträge



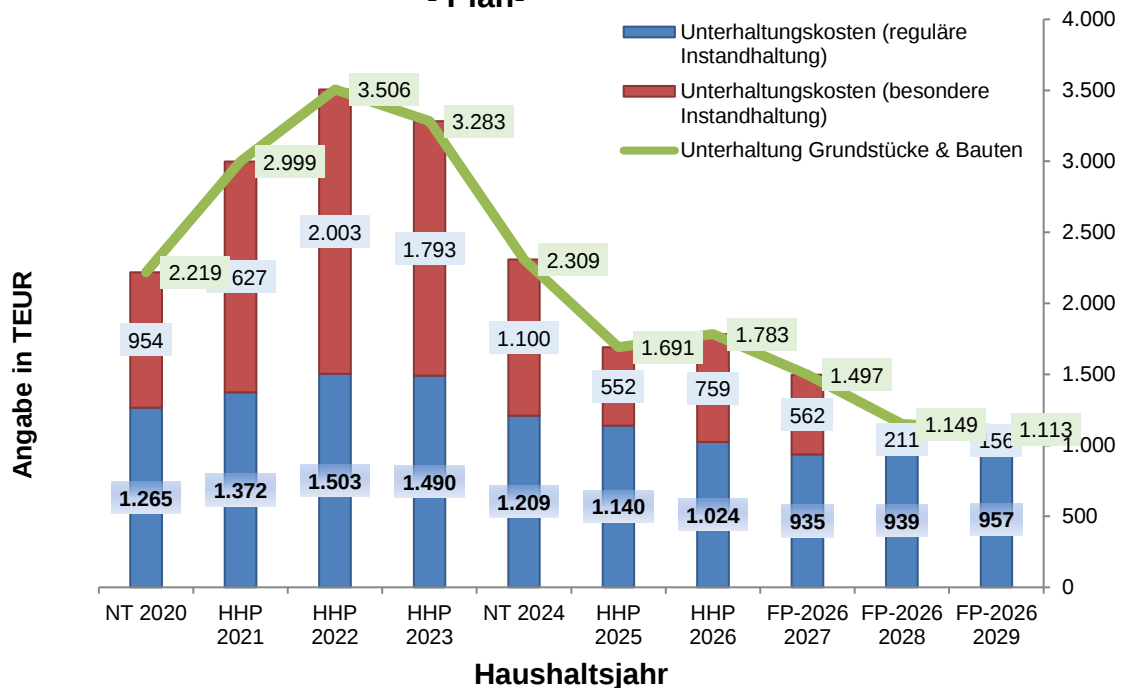
Betrag in T€, %-Satz

Ordentliche Aufwendungen

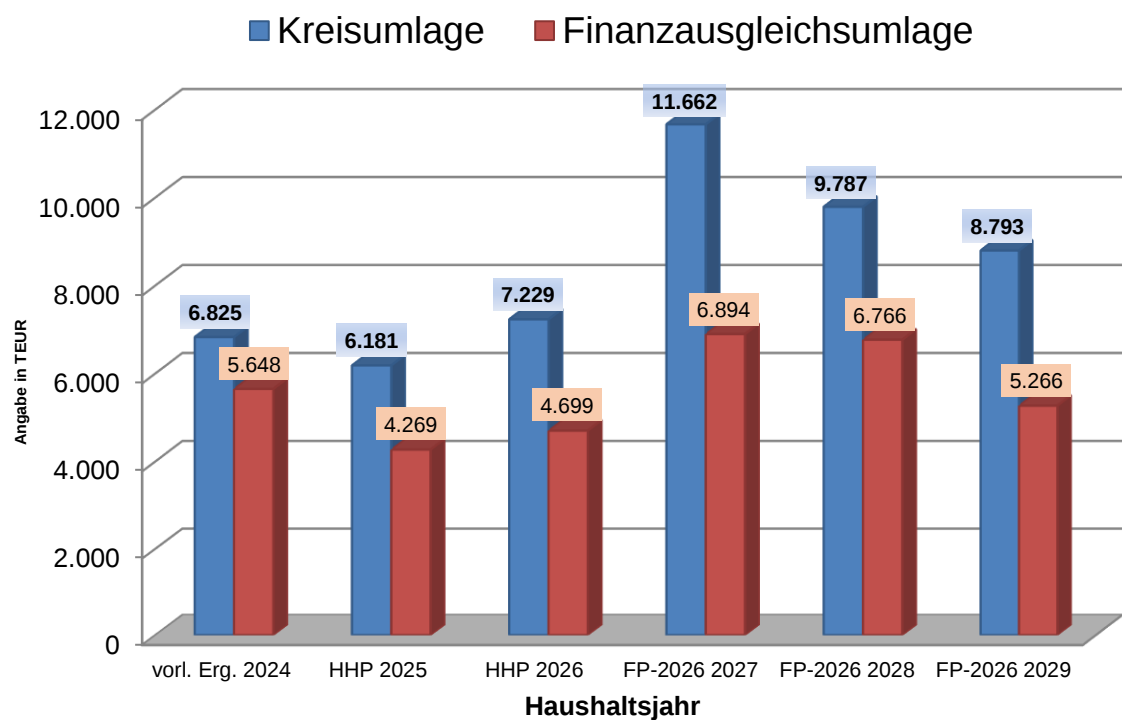
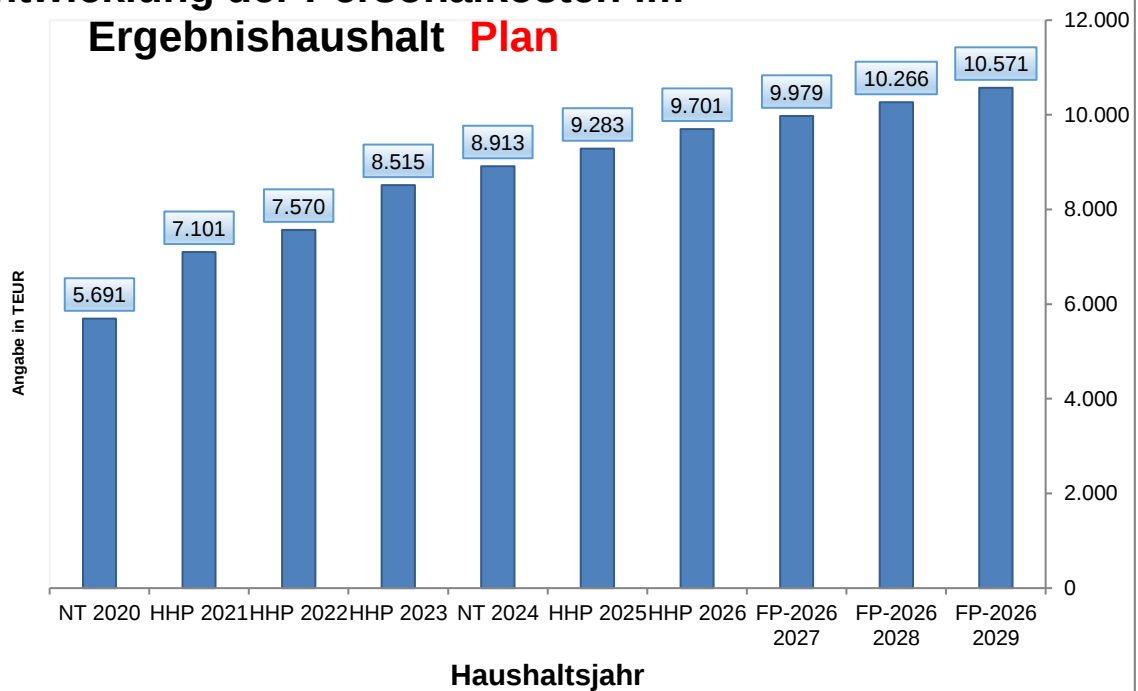


Betrag in T€, %-Satz

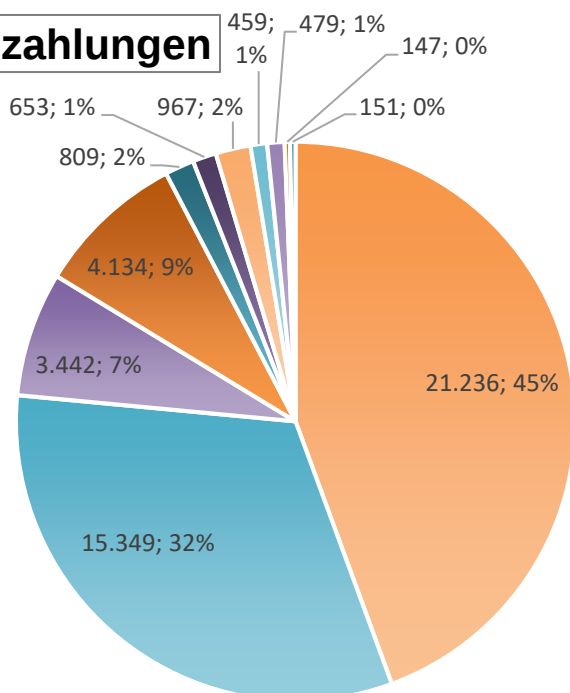
Unterhaltungskosten der Grundstücke und baulichen Anlagen - Plan-



Entwicklung der Personalkosten im Ergebnishaushalt **Plan**



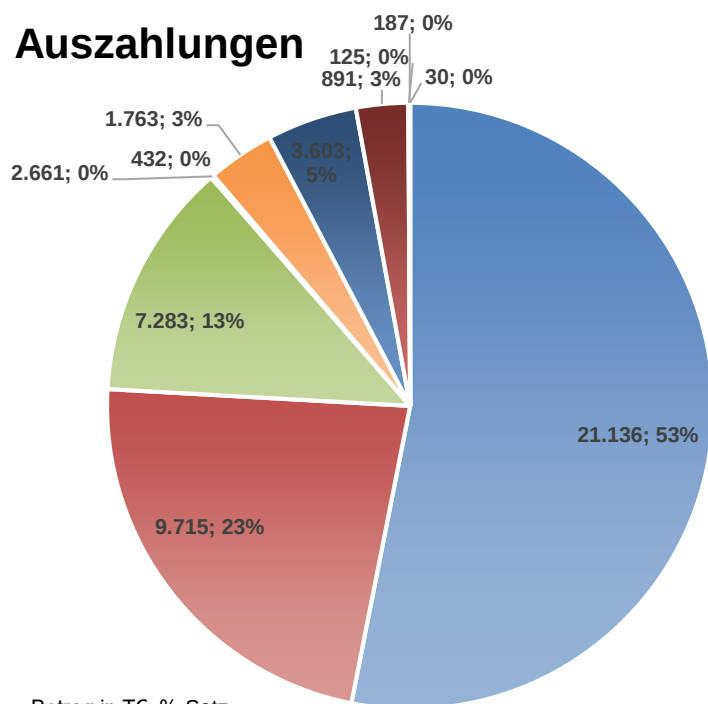
Einzahlungen



Betrag in T€, %-Satz

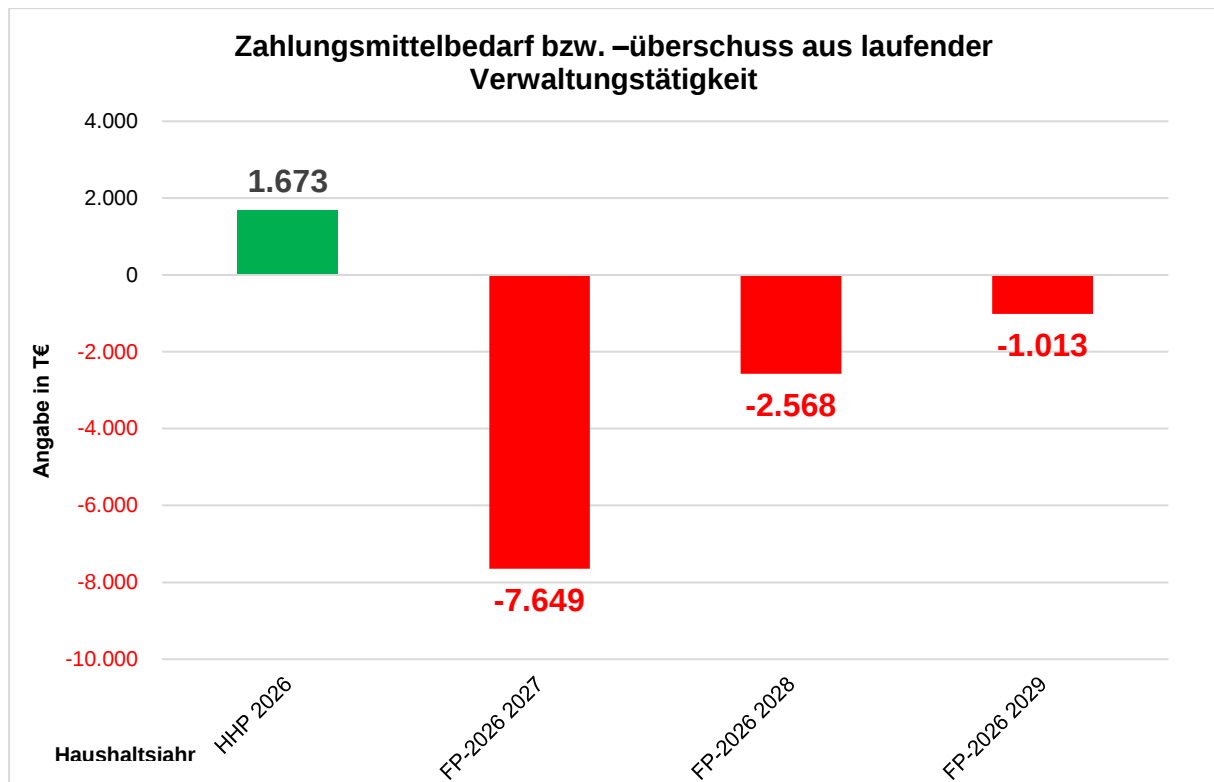
- Steuern und ähnliche Abgaben
- Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Kreditaufnahme
- Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen
- Investitionszuwendungen
- Sonstige privatr. Leistungsentgelte
- Veräußerung von Sachvermögen
- Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Investitionsbeiträgen, ähnl. Entgelten
- Zinsen und ähnliche Einzahlungen

Auszahlungen

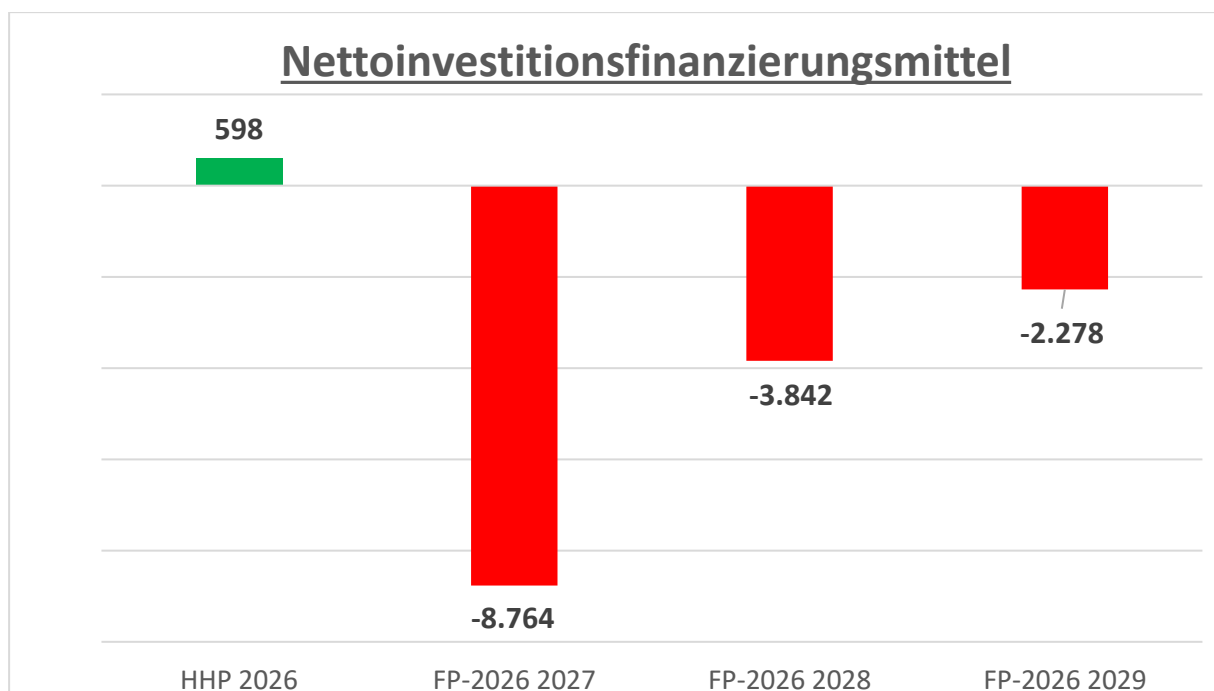


Betrag in T€, %-Satz

- Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)
- Personalauszahlungen
- Sach- und Dienstleistungen
- Auszahlungen für Baumaßnahmen
- Investitionsförderungsmaßnahmen
- Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen
- Tilgung von Krediten und wirtschaftlich Vergleichbares
- Zinsen und ähnliche Auszahlungen
- Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
- Erwerb von beweglichem Sachvermögen
- Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen



Der Saldo der Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel ergibt sich aus dem Zahlungsmittelbedarf bzw. -überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzüglich der Auszahlungen für die ordentliche Tilgung. Ein Saldo von 0 Euro der Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel würde bedeuten, dass die Gemeinde aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zumindest die Auszahlungen für die ordentliche Tilgung erwirtschaftet, jedoch keinerlei Mittel für Investitionen. Investitionen müssten dann vollständig durch Kreditaufnahmen finanziert werden.



2026 sind Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 3,4 Mio. € vorgesehen. Einzahlungen können in Höhe von 1,9 Mio. € erzielt werden, davon entfallen 967 T€ auf Erlöse aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäude.

Bei den Investitionen treten folgende Maßnahmen besonders hervor:

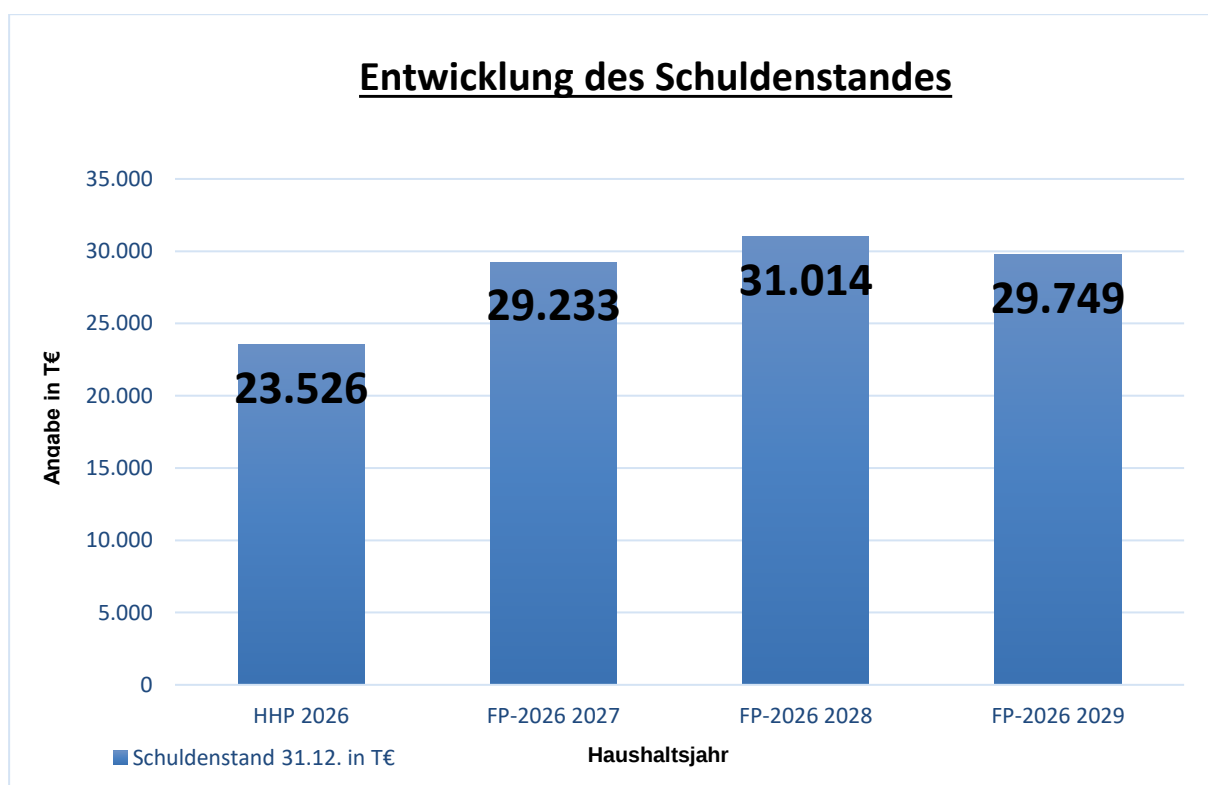
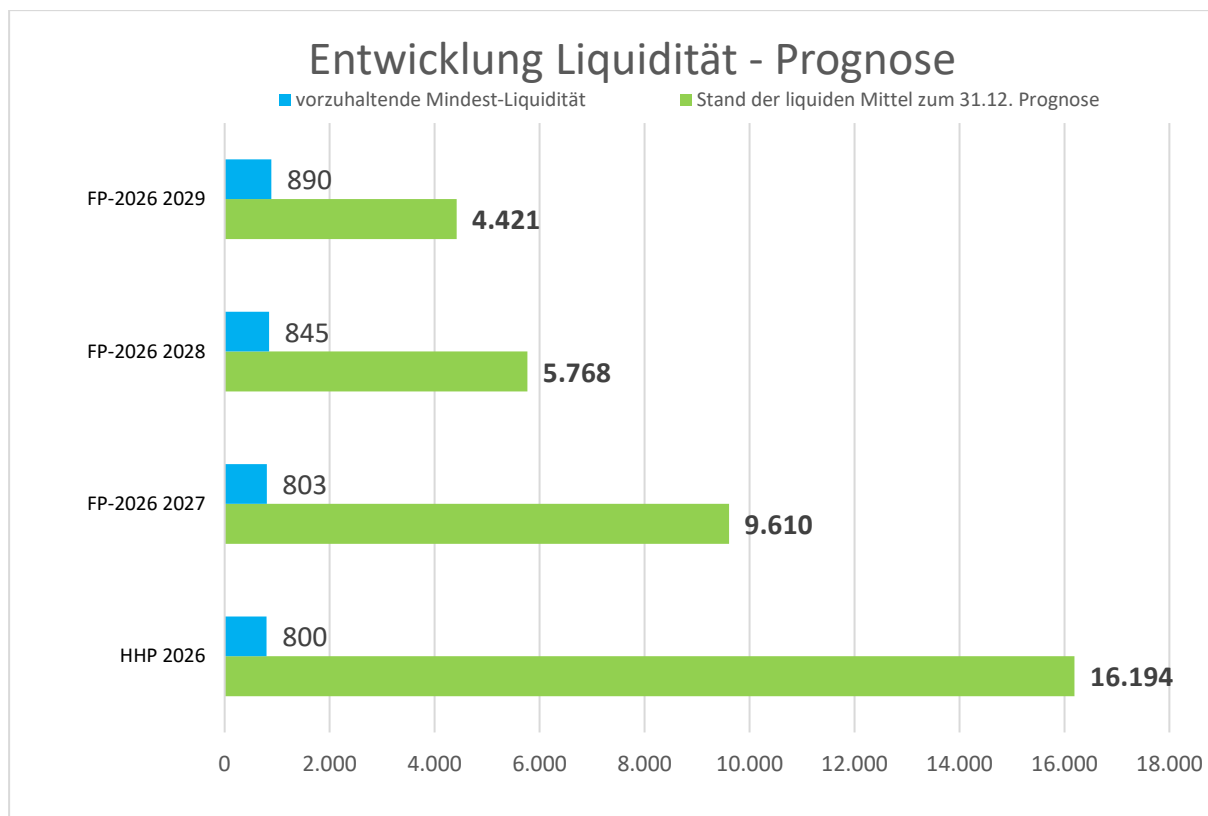
Bezeichnung	Gesamtkosten	Auszahlung 2026
Kindergarten Gesellschaftshaus	7.420 T€	640 T€
Kindergarten Rück II	8.700 T€	811 T€
Geh- und Radwegverbindung Tal- / Bahnhofstr.	326 T€	326 T€

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich 2026 ein Bedarf an Finanzierungsmitteln in Höhe von 1,5 Mio. €.

Die Verwaltung hat deshalb eine Kreditaufnahme in Höhe der Auszahlungen für Investitionen abzüglich der Einzahlungen aus Investitionszuwendungen und Grundstücksveräußerungen veranschlagt.

Die **voraussichtlichen liquiden Eigenmittel zum Jahresende 2025** belaufen sich laut Prognose auf 17,345 Mio. €. Bis Ende 2026 werden diese auf 16,193 Mio. € (Prognose) abnehmen. Auf Basis der Planzahlen würde der Stand der Liquidität Ende 2026 dagegen 5,57 Mio. € betragen.

In den Jahren 2027 bis 2029 wird jeweils ein **deutlich negativer Saldo der Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel** erwartet, so dass lediglich auf Grundlage der Liquiditäts**prognose** Ende 2029 noch ein positiver Bestand an liquiden Mitteln von 4,4 Mio. € erwartet wird. Auf Basis der Planzahlen wäre die Liquidität Ende 2029 dagegen negativ, was nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen nicht zulässig ist.



Schlussbetrachtung (gekürzt und umgestaltet, ausführlich im Haushaltsplan 2026)

Die Finanzlage der Gemeinde Waldbronn ist seit Jahren angespannt und verschlechtert sich mit dem Haushaltsplan 2026 weiter. Ursache ist vor allem eine strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land. Nur durch umfangreiche, unpopuläre Konsolidierungsmaßnahmen (Ausgabenkürzungen, Verschiebung von Investitionen, Grundstücksverkäufe sowie deutliche Steuererhöhungen) konnte ein gesetzmäßiger Haushalt 2026 sowie ein Finanzplan bis 2029 überhaupt erreicht werden.

Zusätzlichen „Rückenwind“ brachten eine optimistische Steuerschätzung, höhere Schlüsselzuweisungen des Landes, Fördermittel aus dem Bundes-Sondervermögen (LuKIFG) und eine nur moderate Erhöhung der Kreisumlage. Dennoch bleibt die Lage kritisch: Für 2026–2029 wird ein negatives ordentliches Ergebnis von rund 24 Mio. Euro erwartet. Die Gemeinde lebt damit deutlich von ihrer Substanz und erleidet einen erheblichen Vermögensverlust.

Besonders problematisch ist die Liquidität: Aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und die ordentliche Kredittilgung verliert die Gemeinde bis 2029 rund 14,3 Mio. Euro an Zahlungsmitteln. Dieser wird durch Erlöse aus Grundstücksverkäufen im Jahr in Höhe von 2,2 Mio. Euro verringert. Der prognostizierte Liquiditätsbestand von 4,4 Mio. Euro Ende 2029 liegt zwar über dem Mindestbestand, stellt jedoch kein belastbares Polster dar, da er mit hohen Risiken verbunden ist (konjunkturabhängige Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und Steueranteilen; stark reduzierte Ausgabenansätze erhöhen das Risiko für überplanmäßige Ausgaben; wie stark steigt der Finanzierungsbedarf des Kreises und damit die Kreisumlage an?).

Investitionen müssen weiterhin fast vollständig durch Kredite statt durch Eigenmittel finanziert werden, sofern keine Fördermittel zur Verfügung stehen. Der Schuldenstand steigt bis 2029 auf rund 29,7 Mio. Euro, während sich die Zinsbelastung mehr als verdoppelt. Dadurch verschlechtern sich die finanziellen Spielräume weiter.

Die dramatische Entwicklung ist Teil einer bundesweiten kommunalen Finanzkrise, vor der kommunale Spitzenverbände seit Jahren warnen. Bund und Land haben bislang keine ausreichenden strukturellen Reformen umgesetzt, sondern den Kommunen zusätzliche Aufgaben ohne auskömmliche Finanzierung übertragen. Die Konsequenzen tragen vor allem die Gemeinden und letztlich die Bürger – durch Leistungsabbau, Investitionsstau sowie höhere Steuern und Gebühren.

Auch für die Haushalte ab 2027 bleiben die Aussichten schlecht, da weitere Belastungen (insbesondere durch die Kreisumlage) zu erwarten und kurzfristige Sparmaßnahmen weitgehend ausgeschöpft sind. Durch das Fortführen des Konsolidierungskurses in Form einer konsequenten Aufgabenkritik ergänzt durch eine strikte unterjährige Ausgabendisziplin könnte jedoch trotz aller Widrigkeiten der lähmende Einfluss der fehlenden finanziellen Mittel, unzureichend finanzierter Aufgaben und eines wachsenden Investitionsstaus verringert werden und der finanzielle Spielraum der Gemeinde wieder vergrößert werden.

Hinweis: Die komplette Fassung des Haushaltsplanes können Sie auf der Homepage unter www.waldbronn.de einsehen.